

Eine Goldmünze zum Abschied

Ein Korpskommandant macht unzulässige Geschenke – hat aber trotzdem das Vertrauen von Guy Parmelin

Der Fall Stettbacher hat die gesamte Spesenkultur in der Armee in den Fokus gerückt. Nun zeigt sich, dass auch der Chef Ausbildung problematische Ausgaben getätigt hat.

LUKAS MÄDER, BERN

Divisionär Thomas Kaiser ahnte wohl nicht, welche Folgen sein Entscheid haben würde. Als er am 20. Mai 2016 eine Disziplinaruntersuchung gegen Oberfeldarzt Andreas Stettbacher anordnete, ging es nur um die hohen Kosten für ein Weihnachtsessen. Heute, zwei Jahre später, haben mehrere Untersuchungsberichte zutage gebracht, dass der sorglose Umgang mit Spesenrechnungen in der Armee kein Einzelfall war.

Korpskommandant im Fokus

Offiziell sind die Untersuchungen abgeschlossen, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) Anfang Juni mitteilte. Demnächst soll departementsweit eine neue Weisung zu den Spesen in Kraft treten. Doch einen vollständigen Einblick in die Untersuchungsergebnisse hat die Öffentlichkeit bisher nicht erhalten. So hiess es zur Disziplinaruntersuchung gegen Korpskommandant Thomas Baumgartner kürzlich, dass diese kein Fehlverhalten zutage gebracht habe. Diese Aussage ist aber unvollständig, wie sich nun zeigt. Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz hat die NZZ Einsicht in den Bericht der Disziplinaruntersuchung vom 3. Mai 2018 erhalten.

Der heutige Ausbildungschef Baumgartner war die einzige Führungsperson, gegen die im Zuge des Falls Stettbacher eine Disziplinaruntersuchung eröffnet wurde. Er war als Chef der Logistikbasis der Armee (LBA) von 2010 bis 2015 der Vorgesetzte von Stettbacher. Dieser hatte im Rahmen der ersten Administrativuntersuchung Vorwürfe gegen übergeordnete Stellen erhoben, darunter auch Baumgartner: Weihnachtsessen mit den Partnern der Armeeingehörigen und Geschenken, eine grosse Feier der gesamten LBA im Velodrome in Grenchen, mehrgängige Mittagessen und ausschweifender Alkoholkonsum.

Ende März beauftragte Verteidigungsminister Guy Parmelin den früheren Zürcher Oberstaatsanwalt Ulrich Arbenz mit der Disziplinaruntersuchung gegen Baumgartner. Arbenz zeichnet im Bericht ein ausgesprochen positives Bild Baumgartners als einer pragmatischen Führungsperson, die den Kontakt zu den Mitarbeitern pflegt und für deren Wertschätzung auch einmal unkonventionelle Wege beschreitet. Manchmal so unkon-



Bundesrat Guy Parmelin will künftig keinen leichtfertigen Umgang mit Spesengeldern mehr tolerieren.

MARCEL BIERI / KEYSTONE

ventionell, dass dafür gar keine Rechtsgrundlage besteht.

Von den meisten Vorwürfen entlastet der Bericht Baumgartner. So hat zwar auch Baumgartner, wie Stettbacher, an Anlässen die Partner der Mitarbeitenden eingeladen. Das hat das VBS inzwischen untersagt, doch damals gab es noch keine klaren Regeln. Die Ausgaben bei den Weihnachtsessen betragen pro Person maximal 124 Franken 40, was zwar am obersten Limit sei, wie es im Bericht heisst. Doch bei Stettbachers Weihnachtsessen 2015 ging es um 330 Franken 50 pro Person.

Mehrere Gläser Appenzeller

In zwei Einzelfällen übt der Bericht Kritik wegen übermässigen Alkoholkonsums an einer Veranstaltung. Besonders sticht ein Geschäftsleitungsseminar der LBA im Juni 2014 im Glarnerland ins Auge, bei dem an einem Abend pro Person durchschnittlich für 62 Franken Alkohol konsumiert wurde – darunter laut Bericht zahlreiche Gläser hochprozentigen Appenzeller. Wie viele es waren, bleibt offen. Das VBS hat die Zahl im Bericht geschwärtzt, aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes der Teilnehmenden. «Weil im Nachhinein kaum zu eruieren ist, welche Person welchen Anteil der angebe-

nen Menge konsumiert hat», schreibt das VBS. Baumgartner räumt im Bericht einen Fehler ein, er würde die Rechnung heute selbst bezahlen.

Problematischer sind drei Abschiedsgeschenke und eine Auszeichnung, die Baumgartner ausgewählten Mitarbeitern überreicht hat. Es handelte sich dabei in drei Fällen um eine Urkunde, in die eine Goldmünze «Helvetia» im Wert von 1200 Franken eingearbeitet war. In einem Fall betraf es ein «Geschenkeensemble» bestehend aus Zigarren, Wein und einem gravierten Feuerzeug – im Wert von 1138 Franken 20.

Im Bericht schreibt Arbenz unmissverständlich, dass für solche Geschenke keine Rechtsgrundlage bestehe, weshalb sie rechtswidrig seien. Es handle sich um unzulässige Ausgaben zulasten des Bundes in der Höhe von 4843 Franken 20. Baumgartner habe sorgfaltswidrig gehandelt, schreibt Arbenz, also «fahrlässig im Umgang mit den Finanzmitteln des Bundes». Eine Disziplinarermassnahme sei trotzdem nicht notwendig, da Baumgartner bereits die heute gültigen Massstäbe anwende. Arbenz erwähnt einzig die Möglichkeit einer Verwarnung.

Einer strafrechtlichen Würdigung, ob Baumgartners Handeln möglicherweise vorsätzlich oder eventualvorsätzlich war, weicht Arbenz in seinem Bericht aus.

Dem Vernehmen nach seien Strafverfolgungsbehörden konsultiert worden, schreibt er, diese hätten aber kein Strafverfahren veranlasst. Das VBS will sich dazu nicht äussern. Es teilt nur mit, dass Baumgartner keine der problematischen Ausgaben habe zurückzahlen müssen.

Unveröffentlichte Berichte

Inzwischen hat Guy Parmelin Baumgartner das Vertrauen ausgesprochen. Parmelin habe dem Korpskommandanten in einem Führungsgespräch unmissverständlich klargemacht, dass ein solches Verhalten in Zukunft nicht mehr toleriert werde, schreibt das VBS. Angesichts der langjährigen Verdienste Baumgartners habe dies dem Verteidigungsminister ausgereicht.

Heute spricht das VBS gerne von einem Kulturwandel, der in der Armee bezüglich Spesen angestossen worden sei. Doch die Details zur bisherigen Praxis will Parmelins Departement lieber nicht öffentlich machen. So behält das VBS mindestens zwei Berichte weiterhin unter Verschluss, mit Verweis auf den Persönlichkeitsschutz. Nicht geltend machen kann es diesen jedoch gegenüber der Geschäftsprüfungskommission des Parlaments. Für sie ist der Fall Stettbacher noch nicht abgeschlossen.

Alle wollen weniger Pestizide

Bauern sehen sich als Teil des Problems – und der Lösung

gmü. Schalunen · Über dem Futtermaissfeld schwebt eine Drohne, wirft alle sieben Meter eine Kapsel aus abbaubarer Maisstärke ab, gefüllt mit Hunderten Eiern der Trichogramma-Schlupfwespe; einmal geschlüpft, wird sie dem schädlichen Maiszünsler den Garaus machen. Natürliche Schädlingsbekämpfung in Schalunen, auf dem Hof von Maria und Markus Lüscher. Sie nehmen teil an einem Pflanzenschutzprojekt des Bundesamts für Landwirtschaft, des Kantons Bern und des bernischen Bauernverbands. Ziel: den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren beziehungsweise dessen Risiken für die Umwelt, insbesondere die Belastung der Gewässer. Das Programm, sagt Markus Lüscher, sei «eine grosse Chance für uns, weil wir Dinge ausprobieren können wie den totalen Verzicht auf Herbizide, ohne dabei grosse Risiken einzugehen».

Es ist der Schweizer Bauernverband, der an diesem Sommermorgen die Medien auf Lüschers Hof zwischen Bern und Solothurn eingeladen hat. Beunruhigt durch den Anklang, den zwei radikale Volksinitiativen derzeit in der breiten Bevölkerung finden: die Initiative «für sauberes Trinkwasser und gesunde Ernährung» und die Initiative «für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Würde die Trinkwasserinitiative angenommen, erhielten Bauern, die Pestizide einsetzen, keine Direktzahlungen mehr. Die Pestizidinitiative wiederum will den Einsatz synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte gänzlich verbieten, ebenso wie die Einfuhr von Lebensmitteln, die solche Pestizide enthalten. Eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» hat kürzlich ergeben, dass heute beide Initiativen von rund 70 Prozent der Teilnehmenden unterstützt würden.

Für eine realistische Einschätzung des Supports an der Urne ist es freilich viel zu früh. Beide Initiativen wurden erst in diesem Jahr eingereicht. Die Umfrageergebnisse zeugen aber von grossen Sympathien für das Grundanliegen der Volksbegehren: weniger Pestizide. Und der Schweizer Bauernverband streitet auch gar nicht ab, dass es diesbezüglich Probleme gibt. Sie sollen aber auf anderen Wegen gelöst werden, als es die Initianten vorschlagen. In Schalunen strich er nicht nur das bernische Pflanzenschutzprojekt hervor; er betonte auch, dass er sich für «eine wirksame Umsetzung» des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel des Bundes engagiere, mit dem die Risiken von Pestiziden halbiert werden sollen. Was hingegen hätte eine Annahme der beiden Volksinitiativen für Bauer Lüscher zur Folge? Lüscher: «Es würde unseren Betrieb hundertprozentig umkrepeln, und die produzierte Menge würde massiv zurückgehen.»

Terre de surprise



Jedes Kind dieser Welt hat das Recht, Kind zu sein. Ganz einfach. www.tdh.ch

Terre des hommes
Kinderhilfe weltweit.